

Niemand darf inhaftiert werden, nur weil er friedlich demonstriert, und jeder hat ausnahmslos das Recht auf einen fairen Prozess.

16.12.2020, Presseerklärung von Amnesty International Chile, 16.1.2021, übersetzt von der Kogruppe, verbindlich ist das Original:
<https://amnistia.cl/noticia/ninguna-persona-puede-estar-presa-solo-por-manifestarse-pacificamente-y-toda-persona-sin-excepcion-tiene-derecho-a-un-juicio-justo/>

Nach dem 18. Oktober 2019 intensivierten sich die sozialen Mobilisierungen in Chile, was zu einer großen Anzahl von Festnahmen und Inhaftierungen führte, sowohl im Zusammenhang mit Protestaktionen als auch mit Gewaltereignissen, die in diesem Kontext stattfanden.



Amnesty International hat immer kategorisch erklärt, dass niemand für die bloße Tatsache, friedlich zu demonstrieren, inhaftiert werden darf. Die Ausübung des legitimen Rechts, sich öffentlich zu versammeln, einschließlich gewaltfreier, als auch störender Formen der Demonstration, stellt unter keinen Umständen ein Verbrechen dar.

Andererseits bekräftigt die Organisation, dass jeder, der beschuldigt wird, Handlungen begangen zu haben, die Gewaltanwendung beinhalten und ein Verbrechen darstellen können, ein faires Verfahren erhalten muss. Dies bedeutet, dass Personen wegen Verbrechen angeklagt werden sollten, die dem Legalitätsprinzip entsprechen, basierend auf soliden Beweisen, die eine begründete Vermutung ihrer Beteiligung an den Taten zulassen, und dass die Untersuchung in einer strengen, unabhängigen, unparteiischen und zügigen Weise durchgeführt werden sollte. Dazu gehört auch die Achtung der Unschuldsvermutung während des gesamten Verfahrens, einschließlich einer restriktiven und ordnungsgemäß begründeten Anwendung der Untersuchungshaft in Übereinstimmung mit internationalen Standards. Amnesty International ist besorgt, dass diese Standards nicht in allen Fällen eingehalten werden.

Amnesty hatte bereits im März dieses Jahres - durch einen Brief an die Behörden, in dem sie um Maßnahmen zur Gewährleistung der Gesundheit der Gefängnisinsassen im Zusammenhang mit der Pandemie bat - gewarnt, dass es im Land eine große Anzahl von Menschen in Untersuchungshaft gebe, für Straftaten im Zusammenhang mit Protesthandlungen im Kontext des sozialen Ausbruchs, denen aufgrund einer unangemessenen und unverhältnismäßigen Anwendung des Strafrechts die Freiheit entzogen werde.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen seit mehr als einem Jahr ihrer Freiheit beraubt wurden und werden. Es ist kaum zu rechtfertigen, dass diese Vorsichtsmaßnahme über einen so langen Zeitraum notwendig sein soll. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die bloße Schwere der ihnen vorgeworfenen Straftat kein ausreichender Grund sein kann, um Untersuchungshaft zu rechtfertigen, da dies bedeuten würde, dass die Untersuchungshaft zu einer vorweggenommenen Strafe wird. Die Notwendigkeit der Untersuchungshaft muss unter Berücksichtigung der Risiken für das Opfer, für eine mögliche Flucht oder für die Ermittlungen hinreichend begründet sein, wenn es keine andere Möglichkeit gibt diese Risiken zu vermeiden. Es ist schwierig, eine Rechtfertigung in Fällen wie dem

eines jungen Mannes in Punta Arenas zu finden, der ein Jahr in Untersuchungshaft verbrachte, weil er ein Fenster eingeschlagen hatte. Diese Person wurde nach ihrer Verurteilung freigelassen, da die dem Verbrechen zugeordnete Strafe geringer war als die Zeit, in der sie der Freiheit beraubt war.

Auf der anderen Seite gibt es auch Personen, die angeklagt worden sind durch die Anwendung von Gesetzen, die unangemessen Handlungen bestrafen, die vom Versammlungsrecht gewährleistet werden; zum Beispiel die bloße Tatsache der Behinderung der öffentlichen Straße im Zusammenhang mit sozialen Demonstrationen, die nach dem Anti-Sabotage- und Anti-Barrikadengesetz strafbar ist. Dasselbe gilt für einige der Handlungen, die nach dem Gesetz über die innere Sicherheit des Staates als "Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung" gelten, oder sogar für das Verbrechen der öffentlichen Unordnung nach dem Strafgesetzbuch angesichts der Breite seiner Klassifizierung. Die wahllose Anwendung dieser Gesetze zielt darauf ab, sozialen Protest zu kriminalisieren und diejenigen zu bestrafen, die für mehr Würde und soziale Gerechtigkeit demonstrieren.

Es sei daran erinnert, dass nach der jüngsten Allgemeinen Bemerkung Nr. 37 des UN-Menschenrechtsausschusses zum Versammlungsrecht die bloße Störung des Verkehrs oder der Fußgängerströme oder der täglichen Aktivitäten bei einer Demonstration nicht als Gewalt gilt. Ebenso wird klargestellt, dass ziviler Ungehorsam unter das Versammlungsrecht nach Artikel 21 des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte fällt.

Amnesty International warnt auch davor, dass die Regierung, wenn sie Klage wegen Handlungen erhebt, die keinen wirklichen Angriff oder keine Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellen, zu einer unverhältnismäßigen und diskriminierenden Anwendung des Strafrechts führt und die weit gefasste Definition bestimmter Verbrechen missbraucht. Dies wird im Fall des Staatssicherheitsgesetzes noch verschärft, nicht nur wegen der vagen Definitionen der darin festgelegten Straftaten gegen die öffentliche Ordnung. Sondern auch, weil durch die Tatsache, dass die Regierung die einzige ist, die nach diesem Gesetz befugt ist Anzeige zu erstatten, ein hohes Risiko der politischen Instrumentalisierung solcher Anzeigen sowie eine ungleiche Anwendung im Fall verschiedener Arten von Demonstrationen besteht.

In Anbetracht der komplexen Situation des Landes und der Menschen, die im Zusammenhang mit der sozialen Krise angeklagt und ihrer Freiheit beraubt wurden, fordert Amnesty International dringend, dass juristische und politische Lösungen gesucht werden, die zu einer dringenden Einzelfallprüfung führen, um sicherzustellen, dass niemand nur wegen der Ausübung seiner Menschenrechte inhaftiert wird, dass diejenigen, die inhaftiert sind, sofort und bedingungslos freigelassen werden und dass niemand unfairen Prozessen oder Inhaftierungen ausgesetzt wird.

